

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

30 (4.8.1948)

Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 30

Mannheim, 4. August 1948

Preis 15 Pfg.

Klassenkampf schlimmster Art

Doppelspiel der CDU im württembergisch-badischen Landtag — Kommunistischer Antrag auf Auszahlung der Kopfquote angenommen — Unternehmerparteien verschleppen Entlassungsschutz

(EB) In der Sitzung des württembergisch-badischen Landtags am 30. Juli 1948 kam es zu einer lebhaften Debatte, als der CDU-Abg. Bausch für die Beibehaltung der Preiskontrolle eintrat. Der kommunistische Abg. Nuding rief ihm zu, „warum sagen Sie das nicht Ihren Parteifreunden im Frankfurter Wirtschaftsrat?“ In seinen weiteren Ausführungen stellte der Abg. Nuding fest, daß es notwendig wäre, nicht nur klar zu stellen, daß die Währungsreform ohne deutsche Mitwirkung, sondern auch ganz nach kapitalistischen Grundsätzen gemacht wurde. Deshalb könne sie auch keine Besserung der Lebenslage der deutschen Bevölkerung mit sich bringen. Der Sinn der Währungsreform sei nur der gewesen, den Hunger zu stabilisieren und die Profite der deutschen Unternehmer ihren ausländischen Kollegen anzupassen. Die Unternehmer würden, nachdem sie ihren Ramsch verkauft hätten, schon heute wieder hergehen und Waren horten, in der Erwartung kommender Preiserhöhungen. Mit diesen Preiserhöhungen, die Nuding anhand von Statistiken aufzeigte, würde „ein Klassenkampf schlimmster Art gegen die arbeitende Bevölkerung geführt“. Man höre zwar von einer Anpassung der Preise an den Weltmarkt und eine Eingliederung der deutschen Wirtschaft, aber von einer Anpassung des Lebensstandards des deutschen Arbeiters an den so viel gepriesenen der westlichen Welt höre man nichts.

Der Landtag stimmte den kommunistischen Anträgen auf eine sofortige Auszahlung der restlichen Kopfquote und der blockierten 5 Prozent des Altgeldguthabens zu. Dagegen lehnte die bürgerliche Mehrheit des Landtages gegen die Stimmen der SPD und KPD einen kommunistischen Antrag ab, der forderte, die Wirtschaft nicht dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen und damit die überreife Warenfreigabe wieder rückgängig zu machen und den Preissteigerungen entgegenzutreten.

Abg. Kohl (KPD) stellte den Antrag, den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Arbeitnehmer bei Entlassungen größeren Umfangs, weil es das Interesse der Arbeiterschaft erfordere, dringlich zu behandeln und ohne Ueberweisung an einen Ausschuß in der heutigen Landtagssitzung zur Verabschiedung zu bringen. Nachdem sich in der zweiten Lesung das Haus gegen die Einwände des Abg. Hausmann (DVP) wendete, wurde der Abg. Walter (CDU) vorgeschickt, der eine Verschiebung erreichte mit der Begründung, eine dritte Lesung stehe nicht auf der Tagesordnung.

Der CDU blieb es auch in der Landtagssitzung vom 30. Juli vorbehalten,

Die gefährliche Lohnsteigerung

In der Sitzung des bizonalen Verwaltungsrats mit den Gewerkschaften hielt Wirtschaftsdirektor Dr. Erhardt es für angebracht vor den Gefahren einer allgemeinen Lohnsteigerung zu warnen. Diese Gefahr für die Profite des Kapitals beunruhigen den Wirtschaftsdirektor anscheinend erheblich. Die Gefahr der allgemeinen Preissteigerung, die dem schaffenden Menschen den Daseinskampf immer untraglicher macht, die Lebenshaltungskosten immer höher treibt, beunruhigt den Wirtschaftsdirektor nicht so sehr. Nach seiner Theorie müssen Lohnerhöhungen „zwangsläufig“ Preissteigerungen nach sich ziehen, während Lohnerhöhungen als Folge von Preissteigerungen eine Gefahr bedeuten, vor der der Herr Wirtschaftsdirektor glaubt warnen zu müssen. Es fragt sich nur, eine Gefahr für wen? Argus.

durchzusetzen, daß das Gesetz zum Schutz der Arbeitnehmer auch in dieser Sitzung nicht zur Verabschiedung kam und an den Ausschuß überwiesen wurde.

In der Sitzung vom 28. Juli 1948 stellte der Abg. Leibbrand (KPD) die Anfrage, ob der Staatsregierung bekannt wäre, daß durch Polizeibehörden Personalbeschreibungen und Registrierungen der persönlichen Verhältnisse hauptsächlich von Mitgliedern der KPD in zahlreichen Gemeinden des Landes vorgenommen wurden und was die Staatsregierung unternommen hätte, diesem Treiben ein Ende zu bereiten. Innenminister Ulrich antwortete, daß ihm nur von einer Gemeinde gemeldet wurde, die Polizei hätte auf Anweisung der örtlichen Militärregierung solche Untersuchungen vorgenommen. Das Innenministerium habe sich gegen diese Maßnahmen entschieden ausgesprochen. Die Militärregierung, die um eine Entscheidung gebeten worden wäre, hätte aber noch nicht geantwortet.

(Wie uns durch vertrauensrätliche Informationen bekannt wurde, sind im ganzen Kreise Vaihingen und Waiblingen sowie in einer Reihe von Kreisen des badischen Odenwaldes solche Erhebungen durchgeführt worden, in Waiblingen auch bei SPD-Mitgliedern. Die Landräte dieser Kreise waren davon unterrichtet.)

Ludwigshafen und der Friede für Deutschland

Otto Grotewohl zur Ludwigshafener Katastrophe

Der Vorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei, Otto Grotewohl, führte im Berliner Rundfunk aus:

Der Friede mit Deutschland ist noch immer nicht Wirklichkeit geworden. Seit mehr als drei Jahren wartet das deutsche Volk darauf, daß eine Friedensregelung den Weg freimacht für die Schaffung einer neuen Ordnung in Deutschland, die den Werktätigen Arbeit und Brot sichert und uns eine Zukunft ohne Kriege brinot. Mitten in die internationalen Auseinandersetzungen, um die Regelung des deutschen Friedensproblems, kommt die Nachricht von dem schweren Explosionsunglück im Rüstungszentrum der französischen Besatzungszone, in Ludwigshafen.

Hunderte Tote und eine noch größere Zahl von Schwerverletzten sind die Opfer dieser Katastrophe. Diese Opfer sind gefallen, weil die Menschheit sich noch immer nicht von dem gefährlichen Willen zur kriegerischen Austragung ihrer gegensätzlichen Interessen freigemacht hat. Das Unglück beweist die Fortführung der

Die zweite Beratung des Aufbaugesetzes wurde Anlaß zu einer ausgedehnten Debatte. Grundsätzlich stimmten dem Gesetz alle Parteien zu. Abg. Rueß (KPD) machte allerdings Einwendungen, daß Gesichtspunkte des Allgemeinwohls mehr hervorgehoben werden müssen. In der Angst vor Sozialisierungsmaßnahmen, die in dem Gesetz keinerlei Begünstigungen fänden, hätte die CDU gegen einzelne Artikel über die Neugestaltung der Baugrundstücke gestimmt. Abg. Rueß zielt die „Stuttgarter Nachrichten“, wo die Rede von der Stadt Washington ist, die nach einer Katastrophe ihren Bürgern auch auferlegt hätte, das Allgemeinwohl bei der Neubebauung vor die Privatinteressen zu stellen. Die CDU hätte sich hier ein Beispiel nehmen können, wobei bestimmt in den USA keine Verdachtsmomente vorlägen, daß Sozialisierungsmaßnahmen durchgeführt würden. Bei uns würden nach der Katastrophe des Hitlerkrieges die hergebrachten Mittel kaum ausreichen, um die vor uns stehenden gewaltigen Aufgaben zu bewältigen. Man müsse darauf sehen, daß die Unternehmerkreise, die ihre Kriegsgewinne in Grundstücke angelegt hätten, mehr herangezogen würden, um eine Entlastung der mit vielen Aufgaben schwer belasteten Gemeinden zu erreichen.

Rüstungsarbeit auf deutschem Boden für einen neuen Krieg. Es sollte allen Werktätigen Anlaß sein, die Forderung nach der Einstellung einer so gefährlichen Kriegsproduktion zu erheben, die Leben und Gesundheit des deutschen Menschen gefährdet.

Den Parteivorstand der SED und den Vorstand der KPD erreichte die grauenhafte Nachricht von dem Unglück mitten in wichtigen gemeinsamen Beratungen. Die Mitglieder der Vorstände waren, wie alle Menschen in Deutschland, von den Auswirkungen der Katastrophe auf das tiefste erschüttert. Die große Zahl der Opfer wird vielen Familien Leid und Sorge bringen. Die Vorstände der Sozialistischen Einheitspartei und der KPD haben den Gesamtbetriebsrat der Anilinwerke in Ludwigshafen gebeten, den Angehörigen der Opfer ihre tief empfundene und herzliche Anteilnahme und das Beileid der beiden Arbeiterparteien auszusprechen.

Zur Förderung der notwendigen ersten Hilfsmaßnahmen für die Opfer (Fortsetzung auf Seite 2)

Männer auf einer Liste

Mit Verleumdungen, Pistole und Dolch gegen die Vertreter des Volkes

(SD) Der politische Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses veröffentlichte kürzlich eine Liste von 500 „Berufsrevolutionären“, Führern der Kommunistischen Parteien, die nach Auffassung dieses Ausschusses die Hauptfeinde der Menschheit sind. Auf dieser Liste standen auch die Namen Togliatti, Lau-Juh und Tokuda. Lau-Juh lebt heute nicht mehr. Der Führer der malaisischen Kommunisten und des antijapanischen Widerstandes während des Krieges wurde umgebracht. Auf die beiden anderen sind Mordanschläge verübt worden, ohne daß es den Mördern gelang, sie zu töten. Tokuda ist der Generalsekretär der japanischen KP. Er verbrachte nicht weniger als 18 Jahre in den Kerkern der japanischen Militärdiktatur. Heute sind die japanischen Reaktionen wieder stark genug, um ihm nach dem

Leben zu trachten. Ist das verwunderlich, wenn die „New York Herald Tribune“ Japan „eine Bastion gegen die Sowjetunion“ nennt? Ist das verwunderlich, wenn eine britische Korrespondentin, Honor Tracy, im Observer berichtet, daß „die Liste der Dinge, die ein Redakteur nicht drucken darf, beinahe so lange ist, wie zu der Zeit, als die Kontrolle gefährlicher Gedanken in anderen Händen war“? Ist das verwunderlich, wenn man in demselben Bericht, über den Zustand Japans unter der Militärregierung des Generals Mac Arthur liest: „Die Lage der Arbeiter ist die, daß ihnen gestattet ist zu streiken, aber eigentlich doch nicht... Widerspenstige unterliegen der Verhaftung und einem summarischen Gerichtsurteil und in den letzten Wochen sind 1, 2 sehr harte Urteile gefällt worden.“

Falls es irgend eine Möglichkeit gibt, dem Untergang zu entgehen, der das moderne Europa, seine Gesellschaft und seine Kultur bedroht, dann besteht diese Hoffnung im Sozialismus.

Romain Rolland

Moskau -

der Weg aus der Sackgasse?

Das durch die Sprache der Tatsachen etwas veränderte Bild der Berliner und damit auch der gesamtdeutschen Lage spiegelt sogar der sonst so blinde Berliner „Tagesspiegel“ in einem Zitat der Baseler Nationalzeitung, in dem General Clays Politik auf eigene Faust eine Rüge erteilt wird: „Das Wochenende hat die Situation innerhalb des westlichen Lagers immerhin schon beträchtlich geklärt: der in Amerika ausgelöste Streit zwischen denen, die die Berliner Krise auf diplomatischem Wege lösen, und jenen, die sie mit Gewalt beenden wollten, ist nun endgültig zugunsten des State Department entschieden worden. Man braucht jetzt nicht mehr zu befürchten, daß General Clay und das amerikanische Kriegsministerium eine Art Berlin-Politik auf eigene Faust betreiben.“

Auch Walter Lippmann, der bekannte amerikanische Kommentator, stellt in der „New York Herald Tribune“ fest, daß die besondere Berliner Situation einzig und allein als Folge einer Besatzungspolitik entstanden sei, welche durch die Schaffung eines separaten Weststaates und die Durchführung einer separaten Währungsreform gekennzeichnet ist. Diese Feststellung enthält in sich das Eingeständnis, daß die Berliner Frage nur eine Einzelfrage im Gesamtkomplex Deutschland darstellt und deshalb nicht durch Detailverhandlungen, sondern nur im Rahmen einer Viermächtebesprechung über die gesamtdeutsche Frage, wie sie die Note der Sowjetunion vorschlug, gelöst werden kann. Aber darüber hinaus erklärte Lippmann, daß die Politik, die General Clay auf eigene Faust betrieb, nicht die Billigung des amerikanischen Volkes, ja nicht einmal des Außenministeriums der USA finde und daß man jetzt ohne Bedauern einen Weg suchen müsse, um ohne „Gesicht zu verlieren“, aus den Berliner Schwierigkeiten und der „Sackgasse des Londoner Uebereinkommens“ herauszufinden.

Wir müssen unsere Politik ändern, welche „nie die wirklichen Ansichten und das wahre Urteil der Amerikaner widerspiegelt hat, welche unsere Außenpolitik zu machen haben“, meint Walter Lippmann, und Erwägungen dieser Art dürften es sein, welche zu der Reise General Clays nach Washington führten, wo er entsprechende Weisungen entgegenzunehmen hatte.

Nicht zuletzt dürften wohl die starken Bedenken, welche die britischen und französischen Alliierten gegenüber einer Politik des Biegens oder Brechens hatten, dazu geführt haben, daß auch Washington von seiner intransigenten Haltung abgehen mußte, für welche es jetzt die Eigenmächtigkeit General Clays verantwortlich macht. Die Westmächte sind zu Verhandlungen bereit auf einer Basis, die im wesentlichen den Vorschlägen der Sowjetunion entspricht, und von einer Zusammenkunft der westlichen Diplomaten mit Generalissimus Stalin, welche Außenminister Molotow vermitteln will, ist eine weitere, wesentliche Entspannung der Lage zu erhoffen.

In Frankreich und England scheint man das Problem Deutschland wesentlich klarer zu sehen, als sogenannte deutsche „Politiker“ dazu in der Lage sind. So fordert die Wochenschrift der britischen Labour Party, „New Statesman and Nation“ in ihrer letzten Ausgabe eine Viermächtebesprechung und kommt dabei zu der Schlußfolgerung:

„Amerika muß sich jetzt darüber klar werden, daß Westeuropa nicht willens ist, sich vernichten zu lassen. Nur weil General Clay sich auf die unmögliche These versteift hat, wir müssen eine Hauptstadt in Frankfurt errichten und eine 2. Hauptstadt 120 Meilen innerhalb der sowjetischen Besatzungszone beibehalten!“

Während also in den Kreisen der westlichen Alliierten die Absicht zumindest erwogen wird, einen Weg aus

Scharfmachermethoden in der Spiegelfabrik

Welchen Ton heute schon wieder die Unternehmer anschlagen, dafür ein Beispiel aus den „Vereinigten Glaswerken“ Mannheim-Waldhof. Die Direktion dieses Werkes hat den Betriebsrat wissen lassen, daß in Zukunft Gewerkschaftsvertreter den Betrieb nur nach vorheriger Genehmigung durch die Direktion betreten dürfen. Diese unverschämte Zumutung hat der Betriebsrat natürlich abgelehnt und sich dabei auch auf die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen berufen, wonach das Verlangen der Direktion ungesetzlich ist. Die Direktion ihrerseits bezieht sich auf eine Anordnung der Konzernleitung in Aachen.

Dem entschlossenen Widerstand des Betriebsrates Rechnung tragend, mußte die Direktion schließlich ihre Anordnung wieder zurücknehmen. Die ganze Angelegenheit aber zeigt einmal die verderbliche Rolle des Monopolkapitals, das als Scharfmacher im Hintergrund steht und die Arbeiter vollständig versklaven will. Zum anderen nehmen die Kapitalisten an, daß in Westdeutschland jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, um den Angriff auf die Rechte der Arbeiter durchzuführen. Statt der Gewährung des verfassungsmäßigen Mitbestimmungsrechtes wollen sie den Arbeitern die wenigen Rechte, die sie haben, auch noch wegnehmen.

„Wir sprechen für Westdeutschland“

Diese Sendung hören Sie täglich von 22.30 bis 23.00 Uhr über den Deutschland-Sender auf Langwelle 1571 m. Damit sind die Versuche der reaktionären Kreise in Westdeutschland, die Demokratie mundtot zu machen, gescheitert. Die tägliche Sendung des Berliner Rundfunks ist ein Beweis für die Verbundenheit der demokratischen Kräfte diesseits und jenseits der Zonengrenzen. Weder Presseverbote noch die Unterdrückung jeder politischen Tätigkeit für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands können die fortschrittlichen Kräfte hindern, zu sagen, was zu sagen ist. Informieren Sie sich täglich über den Deutschland-Sender.

Moskau —

der Weg aus der Sackgasse.

(Fortsetzung von Seite 1)

der Sackgasse von London zu finden, haben die elf Ministerpräsidenten in blinder Verkennung der Möglichkeit eines selbständigen deutschen Standpunktes alle nationale Würde buchstäblich mit Füßen getreten und durch ihre beschämende Kapitulation ihre Bereitschaft kundgetan, noch päpstlicher als der Papst zu sein und die Bedingungen der Londoner Konferenz rückhaltlos zu übernehmen. Den Kreisen innerhalb der Westmächte, welche selbstverständlich nicht daran denken, ihr Spiel aufzugeben und trotz der mehr oder minder aufgezwungenen Verhandlungsbereitschaft, die sie nach außen an den Tag legen müssen, gewillt sind, diese Verhandlungen von vornherein mit möglichst viel „vollendeten Tatsachen“ zu belasten, ist dies natürlich Wasser auf die Mühle. Sie denken nicht daran, dem speichelleckerischen Eifer der 11 Ministerpräsidenten Halt zu gebieten, sind sie doch dadurch jetzt in der glücklichen Lage, die Verantwortung für alles was geschieht, auf die Deutschen abzuschieben.

Das deutsche Volk aber hat mit diesem Treiben der elf Ministerpräsidenten Westdeutschlands, die weder in seinem Auftrag noch mit seiner Zustimmung handeln, nichts zu tun.

Das deutsche Volk ist nicht einverstanden mit der Auslieferung des Ruhrgebietes an ausländische Kapitalmächte.

Das deutsche Volk ist nicht einverstanden mit neuen Gebietsabtretungen im Westen.

Das deutsche Volk will keine Regierung für die Westzonen, sondern eine Regierung für ganz Deutschland.

Das deutsche Volk will kein „Grundgesetz“ für Westdeutschland, sondern eine Verfassung für ganz Deutschland.

Das deutsche Volk will kein Besatzungsstatut und die Anwesenheit fremder Truppen auf 20 oder 30 Jahre, sondern einen gerechten Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen.

Das deutsche Volk will: die ungeteilte, deutsche, demokratische Republik.

-kww-

Ludwigshafen und der Friede für Deutschland

(Fortsetzung von Seite 1)

und Hinterbliebenen und zum Zeichen unserer Solidarität mit den so schwer betroffenen Werktätigen im Westen unserer Heimat haben wir den Betrag von 50 000 Mark gespendet. Damit kann das Handeln von Sozialisten aber nicht sein Bewenden haben.

Wir sehen tiefere Ursachen für den Massentod und die Feuerschlände von Ludwigshafen. Das Unglück in Ludwigshafen macht es uns zur besonderen Pflicht, dafür einzutreten, daß die Kriegsproduktion eingestellt wird und die Betriebe der chemischen Industrie, die des Monopolkapitals überhaupt — in die Hände des Volkes überführt werden. Es muß Sicherheit dafür geschaffen werden, daß sich solche gefährlichen Aderlässe aus deutschen Volkskörper nicht wiederholen können. Wir fordern eine internationale Untersuchung der Katastrophe und zwar unter führender Beteiligung des Weltgewerkschaftsbundes. Diese Untersuchung ohne Ansehen der Personen muß zur strengen Bestrafung aller führen, deren Verantwortlichkeit für dieses entsetzliche Unglück festgestellt wird.

Allen Werktätigen Deutschlands aber rufen wir zu, die Ludwigshafener Katastrophe als eine erste Mahnung anzusehen, die uns dazu führen sollte, unsere Kräfte noch mehr als bisher für eine baldige deutsche Friedensregelung einzusetzen. Wir können und wir wollen nicht in einem zerrissenen Vaterland ohne einen gerechten Frieden weiter leben. Wir wollen in einem geeinten demokratischen Deutschland unserer friedlichen Arbeit nachgehen

und wehren uns gegen jede Entwicklung, die nur der Aufrüstung für einen neuen Krieg dient und zu neuem Elend führen muß. Das mögen die Werktätigen in Deutschland nicht vergessen, wenn sie in tiefem Mitgefühl und in großer Erschütterung der Opfer dieser gewaltigen Katastrophe gedenken.

Hilfe für die Opfer in Ludwigshafen

Die ersten Nachrichten über die Explosionskatastrophe in der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen hatte eine allgemeine Bestürzung in der Bevölkerung zur Folge. Daß hier geholfen werden muß, war eine Selbstverständlichkeit. Der Landesvorstand der Kommunistischen Partei in Württemberg-Baden hat zu diesem Zwecke am Donnerstag früh telefonisch die Anregung gegeben, daß alle Parteien, in Verbindung mit Gewerkschaften und caritativen Verbänden eine Sammlung veranstalten. Der Landtagspräsident nahm diese Anregung auf und in einer Sitzung wurde von den oben bezeichneten Organisationen, Regierung und Staat zu einer Sammlung aufgerufen.

Noch ehe dieser Aufruf an die Bevölkerung weiter gegeben wurde, begannen die Arbeiter in den Betrieben mit praktischen Hilfsmaßnahmen. So haben die Arbeiter und Angestellten in Weinheim in ganz kurzer Zeit über 5000 DM gesammelt. Damit zeigten die Arbeiter, daß dort, wo wirkliche Hilfe notwendig ist, sie die ersten sind, die praktisch helfen.

Noch einmal Eierpreise: Doppelgesicht der SPD

Aus dem Ernährungsausschuß des Wirtschaftsrates

(E.B. Ffm.) Nach der Währungsreform wurden größere Mengen ausländischen Obstes und Gemüse in die Bizone geliefert. Die Preise für diese Lebensmittel liegen niedriger als der Inlandpreis und das Amt Schlange-Schönings hat, um die westdeutschen Gartenbauern, die sich vor der ausländischen Konkurrenz bedroht sehen, zu schützen, ohne Ermächtigung des Wirtschaftsrates sogenannte Stützpreise für die Importware eingeführt. So kosten z. B. 100 kg italienische Aprikosen im Großhandel 60 Mark statt 37,40 Mark und der Preis für den Verbraucher verteuert sich von etwa 36 auf 54 Pfennige für das Pfund. Aber selbst, wenn man die Stützpreise zugrundelegt, und die übliche Handelsspanne hinzurechnet, liegen z. B. die Verbraucherpreise für Tomaten, Zwiebeln und Pflaumen noch um rund 20 % höher als zu erwarten wäre. Dies wird darauf zurückgeführt, daß der Kleinhandel durch die hohen Gewinne der Großlieferanten seine eigene Gewinnspanne gefährdet sieht.

Auf die Frage, was aus den Differenzbeträgen wird, die aus den Stützpreisen für das ausländische Obst und Gemüse einkommen, erklärt der Vertreter Schlange-Schönings, Direktor Podyeyn (SPD) im Ernährungsausschuß des Wirtschaftsrates, sie würden einer von den Alliierten geführten sogenannten Ausgleichskasse bei der JEIA zufließen und blockiert werden. Das Amt Schlange-Schönings (Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) könne über diese Beträge nicht verfügen.

Wie Direktor Podyeyn erklärt, sei auf

dem Ernährungssektor nach der Währungsreform noch keine Beruhigung zu verspüren und es dürfte noch längere Zeit dauern, bis von normalen Verhältnissen die Rede sein könne. Im August würden die Rationen der Normalverbraucher 1800 Kalorien nicht überschreiten. Während die SPD in der letzten Wirtschaftsratssitzung gegen die hohen Eierpreise Sturm lief, sprach sich Direktor Podyeyn, der der SPD angehört, gegen Höchstpreise für Eier aus und erklärte, das Ei sei Mangelware und werde als solches hoch bezahlt. Mit der in einigen Ländern und Städten wieder eingeführten Bewirtschaftung der Eier, sei das Amt Schlange-Schönings nicht einverstanden. Aber die Exekutivgewalt der Verwaltung reiche nicht aus, um gegen diese Sondermaßnahme der Länder und Städte vorzugehen.

Aus derselben Sitzung wird weiter bekannt, daß drei führende Persönlichkeiten aus dem nazistischen Reichsnährstand, darunter Dr. Dix von der früheren Reichsmilchstelle und ein früherer enger Mitarbeiter des Leiters der Nazinährstandorganisation, Dr. Backe, in einem provisorischen Ausschuß tätig sind. In einem Bericht über die Fischdampferneubauten wurde erklärt, die Arbeit auf den Werften sei durch die Währungsreform unterbrochen und das Programm könne ohne größere langfristige Kredite nicht durchgeführt werden. Es sei bereits zu größeren Entlassungen gekommen. Im Rahmen des Marshall-Planes seien keine Gelder für das Fischdampferneubauprogramm vorgesehen.

Ernährung und Arbeit für Berlin gesichert

Maßnahmen gegen Wirtschaftszusammenbruch — Luftbrücke überflüssig

Die Westmächte und ihre deutschen Anbeter haben mit dem Argument, die exakt durch ihre luftigen „Hilfsmaßnahmen“ für Berlin funktionieren, die Berliner Bevölkerung für ihre dunklen Pläne der Störung und Desorganisation der Berliner Wirtschaft zu betören versucht. Inzwischen haben hunderte tausende Berliner Werktätige diese „Exaktheit“ der Hilfe zu spüren bekommen.

Um dem drohenden völligen Zusammenbruch der Wirtschaft, der Desorganisation und dem Chaos zu begegnen, hat die deutsche Wirtschaftskommission jetzt die „Handelskommission Groß-Berlin“ gegründet, um den Absatz und die Produktion der Industrieunternehmen der westlichen Sektoren Berlins und ihre Versorgung

mit Rohstoffen, Rohmaterial und Elektroenergie sicherzustellen. Der Vorsitzende der DWK, Heinrich Rau, gab dazu eine Erklärung bekannt, in der es heißt, daß Chaos und Zerrüttung im Wirtschaftsleben der westlichen Sektoren auf die Spaltungspolitik der westlichen Besatzungsmacht eingetreten sind. Viele Industrieunternehmen sind stillgelegt, viele tausende Arbeiter und Angestellte arbeitslos geworden. Regelmäßige Versorgung dieser Betriebe mit Rohstoffen, Rohmaterial und Energie, sowie Sicherung ihres Absatzes und ihrer Fertigwaren sind notwendig, um die Arbeit der Industrie in den Westsektoren zu sichern. Daher seien normale Handelsbeziehungen zwischen dem westlichen Berlin und der sowjetischen Besatzungs-

Kampf um gerechten Lohn

Die Unternehmeroffensive gegen die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung ist in vollem Gange. Verbrechenshoch und immer noch steigende Preise finden ihre Ergänzung in drohender Arbeitslosigkeit und dem Bestreben der Unternehmer, die dringend notwendige Lohnerhöhung um mindestens 30 Prozent nicht nur zu hintertreiben, sondern darüber hinaus zu einem rigorosen Lohnabbau zu schreiten. In gemeinsamer Front schließen sich die Werktätigen in ihren Gewerkschaften zusammen, um Widerstand zu leisten gegen den Angriff der kapitalistischen Reaktion. So haben trotz der durch die Währungsreform bedingten besonderen Lage die Landarbeitergewerkschaften der britischen Zone unmißverständlich erklärt, daß sie gewillt sind, zu dem Mittel des Streiks zu greifen, wenn ihren Forderungen nicht Rechnung getragen wird. Auf einer Betriebsräteversammlung in Lüneburg erklärte der Gewerkschaftssekretär Braun: „Um gegenüber hemmungsloser Preistreiberei das nackte Leben zu retten, werden wir streiken müssen. Dieser Streik wird anders aussehen, als befristete Streiks. Die Arbeiterschaft wird nicht eher in die Betriebe zurückkehren, bis ihre Forderungen erfüllt sind“.

Eine solch entschlossene Haltung verursacht natürlich verschiedenen Herrschaften erhebliche Kopfschmerzen. So jammert die „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 27. Juli 1948 in einem Artikel mit der Überschrift: „Vor neuen Lohnkämpfen an der Ruhr“ über die schwierige Lage verschiedener, insbesondere sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre. Diese haben nämlich nach Ansicht der RNZ die schwierige Aufgabe, sehr wohl zu unterscheiden, was an dem Kampf der Werktätigen um höheren Lohn und gegen den Preiswucher „Partei-egoismus, demagogische Taktik oder sozialistisches Verantwortungsgefühl“ sei. „Statt des rohen Mittels der Lohnforderung“ schlägt die RNZ den „fortschrittlichen Sozialdemokraten“ andere Patentmittel vor. Lohnerhöhung und Streikdrohung seien veraltete Methoden. An ihrer Stelle empfiehlt die RNZ Selbsthilfe zum Schutz vor der Preisausbeutung „durch Ausbau der konsumgenossenschaftlichen Einrichtungen“ und außerdem „Marktbeobachtung und Beratung der breiten Käuferschichten über die Preislage und ihre Entwicklungstendenzen“. Diese blödsinnigen Weisheiten, welche wie bitterster Hohn auf die Werktätigen wirken müssen, gibt die RNZ als „Gedankengänge fortschrittlicher Sozialdemokraten“ und „konstruktive Vorschläge von Gewerkschaften und SPD“ aus. Die Arbeiter, gleichviel, ob sozialdemokratisch oder parteilos, bedanken sich für solche patentdemokratischen Empfehlungen. Sie lassen sich dadurch nicht irremachen, sondern sind entschlossen, unter Leitung ihrer Gewerkschaften den Kampf um ihre elementarsten Rechte mit allem Nachdruck zu führen.

zone, von der Berlin ein untrennbarer Bestandteil ist, erforderlich. Nur durch die Wiederherstellung der Geschäftsbeziehungen zur Ostzone und zu anderen Ländern könnten die Arbeitsplätze von hunderte tausenden Arbeitern und Angestellten gesichert werden.

Bei der Handelsgesellschaft „Groß-Berlin“, die am Samstag gegründet wurde, um der Industrie in Berlin zu helfen, herrschte bereits am Montag starker Andrang.

Vertreter von Firmen verschiedenster Branchen aus den Westsektoren unterrichteten sich über die Hilfsmöglichkeiten, die durch die Handelsgesellschaft „Groß-Berlin“ zur Verfügung stehen. Sie reichten entsprechende Anträge ein.

Damit hat neben der sowjetischen Besatzungsmacht nunmehr auch die Deutsche Wirtschaftskommission als deutsche Stelle von sich aus Maßnahmen in Angriff genommen, um den Zusammenbruch der Unternehmen und Massenentlassungen im westlichen Berlin zu verhindern.

Mit diesen Maßnahmen der DWK ist in Verbindung mit der „Soforthilfe“ der Sowjetunion nicht nur die Ernährung jedes Berliners in Zukunft gesichert, sondern auch das Funktionieren der Industrie und damit der Arbeitsplätze jedes Werktätigen am Schraubstock und im Büro.

Braune Orgien bei Radio Stuttgart

Die Bevölkerung verlangt die Entfernung des Oberhetzers Frentzel-Fritsche — Eine Flut von Briefen gegen Frentzel.

(EB) In einer seiner letzten Hetztiraden vom Sender Stuttgart spricht der Oberhetzer Frentzel mit gerührter Stimme von den vielen „Briefen die ihn erreichten“, und die angeblich die Zustimmung von Hörern zu seiner allabendlichen Darbietung ausdrücken. Der geschäftstüchtige Herr Frentzel hält es also für angebracht, seine durch die ablehnende Haltung der Bevölkerung erschütterte Stellung durch eine Reklame für seine Person zu festigen, die mit Wahrheit so wenig zu tun hat wie das, was die Hörer von Radio Stuttgart sich von ihm bieten lassen müssen. Ein Glück, daß der Rundfunk ohne Draht arbeitet; die Drähte müßten sich sonst biegen unter den Lügen, die Frentzel-Fritsche mit frecher Stirne und Goebbelscher Zungenfertigkeit verbreitet. Daß er viele Briefe erhält, wollen wir ihm gerne glauben. Er wird sich aber nicht getrauen, den Inhalt des überwältigenden Teiles derselben bekanntzugeben, denn sie enthalten ein vernichtendes Urteil. Einer unserer Leser stellt uns ein Schreiben zur Verfügung, das er vor kurzem an Frentzel-Fritsche sandte. Es heißt darin:

„Es ist des abends sehr interessant, wenn man von Radio Stuttgart die Kommentare eines gewissen Herrn Frentzel hört. Man fühlt sich in diesen fünf Minuten zurückversetzt in jene Zeit, in der es der „Großdeutsche Rundfunk“ nicht besser verstand. Aber ist es nicht bezeichnend, daß heute gewisse Herren, in demselben Wasser plätschern dürfen, in dem die Hitler-Kommentatoren schwammen? Die Urheber, so schließt Frentzel eines seiner letzten Kommentare, werden eines Tages auch ihre Richter finden. Davon sind auch wir überzeugt. Herr Frentzel wird sich wundern.“

H. L.
Ein anderer Leser schreibt uns:
„Jeden Tag träufelt er 5 Minuten lang das Gift einer gewissen- und verantwortungslosen Hetze in das deutsche Volk. Das alles geschieht in der Anonymität des Rundfunks, der die Gewißheit, daß niemand gegen ihn sprechen kann, gibt. Sein ganzer Reichtum an Wissen und Erkenntnis beruht auf einer wüsten infernalischen Hetze. Ein Mann, der gut bezahlt wird für seine Reden, ein Mensch, der sicher auch gut lebt... Herr Frentzel sieht den Westen mit den Augen eines Menschen, der gut genährt ist, in sicherer Hut seiner Freunde und Gönner, von keiner Not bedroht. Ja, wir verstehen, so kann man den Götzen Kapitalismus anbeten, denn man lebt ja von diesem Gebet und man lebt gut. Da kann das deutsche Volk verhungern und deutsches Land zerrissen und zerfetzt werden, das berührt Herrn Heinz Frentzel nicht.“

K. H.
Und schließlich äußert sich ein weiterer Leser in einem Brief wie folgt:
„Drei Jahre sind vergangen und wir haben es herrlich weit gebracht: allabendliche Gesinnungs-Gleichrichtung und Volksaufklärung mit einer Stimme, die an das Pfeifen auf dem letzten Loch bankrotter Ideologen erinnert. Auch Goebbels und Fritsche ersetzten den Mangel an politischem Weitblick und staatsmännischem Können durch pharisäerhaftes Geheul und den ranzigen Wortschmalz, der so charakteristisch ist für die geistigen Krämerseelen und schwatzhaften Scharlatane in Zeiten des Verfalls von ehemals soliden Ueberzeu-

gungen. Wir können es schon heute ohne besondere Prophetengabe sagen: Heini Frenzels Karriere wird keine 12 Jahre dauern. Denn wir wissen, daß selbst seinen Auftraggebern in den Radiokulissen (für deren Funktionen wir monatlich 2 DM bezahlen müssen) der Saft des saueren Erbrechens die Kehle hochsteigt, wenn diese Fehl- und Spätgeburt einer „großen Zeit“ das embryonale Gestammel einer klumpfüßigen Hintertreppenseele zum Besten gibt. Darum, verehrtes Radio Stuttgart, bedenke, daß das Volk von Mannheim frei und unabhängig genug ist, um sich seinen eigenen Reim zum Weltgeschehen zu machen, — möge es auch nicht immer zu einer simplen „Westorientierung“ langen —, und verschwende nicht die sauer verdienten Mammonsplitter an einen unwürdigen Gesinnungseinpeitscher. Wir wünschen uns als letzte Leistung Heinis, des schlappen Alletöters, das Verlesen dieser Zeilen im teutonischen Brustton der verletzten Ueberzeugungstreu eines im Reichspropagandaministeriums während eines Ribbentropschen Sektrausches gezeugten reinrassigen Vollblut-Ignoranten.

Diese kurzen Ausschnitte aus einer Fülle von Briefen an und über den Oberhetzer Frentzel zeigen, daß sich die Bevölkerung einig ist in der Forderung: Weg mit ihm. Eine überfüllte

Massenversammlung der KPD im Mannheimer Rosengarten, welche aus Protest gegen die Entlassung des Arbeitsministers Kohl einberufen war, befaßte sich auch mit der Rolle, die Frentzel bei dieser wie bei anderen Gelegenheiten spielte und nahm eine Entschließung mit folgendem Wortlaut an:

Die am 21. 7. im Rosengarten stattgefundene Versammlung weist mit Entrüstung die mit Goebbelschen Methoden betriebene Verleumdung der Kommunistischen Partei durch den im Solde ausländischen und inländischen Kapitals stehenden Rundfunkkommentators Frentzel zurück. Nach dem Prinzip: Teile und herrsche, versucht er die sich anbahnende Einheit der werktätigen Bevölkerung und die immer mehr um sich greifende Erkenntnis von der Richtigkeit marxistischer sozialistischer Theorien zu zerschlagen. In einer wirklichen Demokratie haben solche Methoden keinen Raum. Die Mannheimer Arbeiterschaft verlangt die Entfernung dieses Verleumders und Hetzers.

Der neue Intendant von Radio Stuttgart, Erich Roßmann (SPD) hat dieser Tage erklärt, er wolle den Sender zum „Instrument einer echten Demokratie“ machen. Eine unerläßliche Voraussetzung hierzu ist, daß der Oberhetzer Frentzel, der Fritsche von Radio Stuttgart, endlich verschwindet.

NS-Musterbetrieb Bopp & Reuther vor der Spruchkammer

Milde Urteile und Freisprüche — Geschäftsleitung im Hintergrund

Vor der Strafkammer des Landgerichts Mannheim hatten sich am 29. Juli Angehörige des Werkschutzes und Funktionäre der NSDAP aus dem nationalsozialistischen Musterbetrieb Bopp & Reuther zu verantworten. Der Prozeß hat den Beweis für die im „Volksecho“ gemachten Feststellungen erbracht. Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen wurden geschlagen, getreten, — mißhandelt.

Die Geschäftsleitung dieses NS-Musterbetriebes war in der Person des technischen Direktors Fröber und des kaufmännischen Leiters Dr. Dürr in diesem Prozeß nicht als Angeklagte, sondern als Zeugen geladen. Dr. Dürr erklärte unter Eid, daß die Betreuung der ausländischen Arbeitskräfte gut war. Wir hatten dann reichlich Gelegenheit, diese „gute Betreuung“ kennenzulernen.

Der aus dem Böse-Prozeß und bei anderen Gelegenheiten bekanntgewordene Landgerichtspräsident Dr. Silberstein glaubte in seiner Urteilsverkündung die Betriebsleitung, die wir angegriffen hatten, von Schuld freisprechen zu müssen. Aber warum ging man über die Aussagen des Zeugen Lindner, der die Mißhandlungen bei der Firma gemeldet hatte, so schnell hinweg, ohne eigentliche Notiz davon zu nehmen? Ist es glaubhaft, daß die Geschäftsleitung nichts wußte? Dem freigesprochenen Betriebsvertrauensrat Jäckle hat Dr. Silberstein öffentlich die Verachtung ausgesprochen und ihn für moralisch mitschuldig erklärt. Aber Jäckle war letzten Endes auch nur ein kleines Werkzeug und die moralische Mitschuld trifft wohl noch viel mehr Herrn Dr. Fritz Reuther und seine Umgebung.

Das Erfreuliche während dieses Prozesses war wohl die Feststellung,

daß die große Mehrheit der Arbeiter von Bopp & Reuther die Behandlung der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen schärfstens mißbilligt hat. Gelegentlich äußerte sich diese Mißbilligung in Pfui-Rufen oder in erregten Auseinandersetzungen oder auch in der solidarischen Hilfe, welche den Fremdarbeitern von Betriebsangehörigen zuteil wurde. Das alles will viel heißen in der Zeit des brutalsten Naziterrors.



Meine Herren!
„Die Geschäftsleitung ist unschuldig wie ein neugeborenes Kind.“

Wir hätten gewünscht, daß der Staatsanwalt den Prozeß genau so energisch geführt hätte, wie die Verteidigung aggressiv und mit fragwürdigen Methoden für ihre Mandanten eingetreten ist. Aber man war bestrebt, so schnell als möglich über die unangenehme Prozedur hinwegzukommen.

Bernhard Gimber, der Hauptbelastete, erhielt ein Jahr und der Werkschutzmann Pöhls 4 Monate Gefängnis. Jäckle und der ebenfalls freigesprochene Martin werden sich wegen ihres Verhaltens noch vor der Spruchkammer zu verantworten haben.

Der Angeklagte Maier hat einem Russen zwei Ohrfeigen gegeben, und -kg-

tion, der von einer Beiratssitzung der VVN, in welcher alle politischen Parteien vertreten sind, ausgeht, bedeute nicht, daß die VVN parteipolitisch tätig werden wolle. Wenn die VVN für parteipolitische Zwecke mißbraucht werde, könnten sie nicht mehr mitarbeiten. Bis jetzt sei jedoch in Württemberg-Baden nichts dergleichen wahrzunehmen. Der oben erwähnte Antrag sei nicht nur an sozialdemokratische Mitglieder der VVN, sondern an Mitglieder der verschiedensten Richtungen zur Unterschrift gegangen. Kollege Baumann ist im Gegensatz zu dem Artikelschreiber der Meinung, daß die VVN auch politisch, aber nicht parteipolitisch tätig sein müsse. Die Schlussfolgerungen des Artikelschreibers im „Volkswille“ seien nicht richtig.

Wir können uns auch nicht vorstellen, daß die Verfolgten des Naziregimes „unpolitisch“ zusehen sollen, wie ihre Peiniger von gestern, die Faschisten, sich wieder breitmachen und ihr verderbliches Handwerk weiter ausüben.

Markus Schleicher kriecht zu Kreuze

(E.B.) Es ist als ein erfreuliches Zeichen zu werten, daß der Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden es ablehnte, sich an dem vom Hannoverischen Parteivorstand der SPD aufgelegten parteipolitischen Propagandariummel um Berlin zu beteiligen. Daran hindert auch nichts, daß der Bundesvorstand inzwischen kapitulieren mußte und in Nr. 10 seines Mitteilungsblattes eine Stellungnahme zur Berliner Frage veröffentlicht, die an provokatorischer Hetze gegen Rußland noch die Entschließung des württembergisch-badischen Landtags zu übertrumpfen bestrebt ist. Auf einer Gewerkschaftsversammlung erklärte in der vorigen Woche der Kollege Schweizer, Vorsitzender des AGDB in Mannheim, daß die Gewerkschaftssekretäre, welche wie Kleinknecht (Stuttgart) und Schik (Mannheim), für die Entlassung des Arbeitsministers Kohl gestimmt haben, damit eben sich der Fraktionsdisziplin ihrer Partei unterwerfen. Auch Markus Schleicher und die Mehrheit des Bundesvorstandes hat sich dem Diktat des Hannoverischen SPD-Parteivorstandes unterworfen. Der Parteimann hat gesiegt über den Gewerkschaftler.

Der Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden hat sich bisher bemüht, und seine ursprüngliche Haltung in der Berliner Frage ist ein Beweis dafür, eine Politik der Unparteilichkeit zu betreiben. Die besondere Haltung des Bundesvorstandes, Markus Schleicher, und des württembergisch-badischen Gewerkschaftsbundes, in der Berliner Frage wurde aber auf der Besprechung der Vorstände der Gewerkschaften der amerikanischen Zone mit der amerikanischen Militärregierung in Frankfurt a. M. „mit Befremden“ aufgenommen und kritisiert. Der Bundesvorstand beilegte sich denn auch umgehend, seine Haltung zu korrigieren. Die Unterwerfung des Bundesvorstandes unter das Diktat von Hannover und das bereitwillige Eingehen auf den „Wunsch von oben“ ist ein Abgehen von dem strengen Grundsatz der Unparteilichkeit, der die Richtschnur der Gewerkschaften sein muß, wenn sie den Kampf um die Lebensinteressen der werktätigen Bevölkerung mit Erfolg führen wollen.

Rudolf Kohl gibt Rechenschaft

In überfüllten Massenversammlungen legt Rudolf Kohl in diesen Tagen Rechenschaft ab für sein 2½-jähriges Wirken als württembergisch-badischer Arbeitsminister. Vor einigen Tagen sprach er in Weinheim a. d. B. Am 27. Juli rechnete er im Stuttgarter Zirkus Althoff vor über 4000 Versammlungsbesuchern mit den reaktionärsten Kräften ab, für welche die Differenz der Besatzungsmächte in der Berliner Frage ein willkommenes Signal war, die drei Parteien CDU, DVP und SPD gleichzuschalten. Kohl trat jeder anti-gewerkschaftlichen Stimmung, die zum Teil durch das Verhalten des Bundessekretärs Kleinknecht bei der namentlichen Abstimmung zur Entlassung Kohls im Landtag verursacht wurde, auf das Entschiedenste entgegen. Es wäre der verkehrteste Weg, den die Arbeiterschaft gehen könnte.

Arbeitsminister a. D. Rudolf Kohl spricht in weiteren Versammlungen am Dienstag, dem 3. August, in Pforzheim und am 6. August in Karlsruhe, um 19.30 Uhr, im Studentenhau.

Großbrazzia auf dem Wochenmarkt

Am vergangenen Samstag fand auf dem Mannheimer Wochenmarkt eine Großbrazzia statt. Zirka 20 Beamte des Gewerbeamtes und des Finanzamtes überprüften die dortigen Gewerbetreibenden. Etwa 20 Leute wurden festgestellt, die nicht die erforderlichen Papiere (Gewerbelegitimation u. dgl.) hatten. Nun befinden sich unter diesen eine ganze Reihe von armen Leuten, die durch Verkauf von Kleinigkeiten wie z. B. von selbstgezogenen Blumen sich ein paar Groschen verdienen wollten. So z. B. eine Kriegerwitwe mit mehreren Kindern. Wir möchten die Hoffnung aussprechen, daß das Finanzamt eine Prüfung nach sozialen Gesichtspunkten vornimmt und dort wo wirkliche Not herrscht nicht nur ein, sondern zwei Augen zudrückt.

VVN-Mitglieder aufgepaßt!

Spalter am Werk / VVN caritative oder politische Organisation?

(EB) Die Absicht des Hauptvorstandes der SPD in Hannover, die VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) zu spalten und die sozialdemokratischen Mitglieder dieser Organisation zum Austritt zu bewegen, sind bisher in Württemberg-Baden glücklicherweise ohne Erfolg geblieben. Die sozialdemokratischen Mitglieder sind der VVN treu geblieben. Mit Besorgnis erfüllt uns jedoch die Feststellung, daß nach wie vor in Württemberg-Baden Kräfte am Werk sind, welche die Spaltung der VVN wünschen und betreiben.

Alarmierend ist ein Artikel im „Volkswille“, dem Organ der SPD. Vorwiegend an sozialdemokratische Mitglieder, so heißt es dort, sei ein

Rundschreiben verschickt worden, in welchem zur Unterschriftleistung für einen Antrag der VVN auf Erteilung der Lizenz als politische Organisation verlangt wird. Es sei nicht Aufgabe der VVN, als politische Organisation neben den politischen Parteien zu sein, und die sozialdemokratischen Mitglieder müßten zu einer eindeutigen und klaren Stellungnahme gegen die VVN kommen.

Also nichts weiter als eine klare Aufforderung zur Spaltung. Der Vorsitzende der Mannheimer VVN, Kamerad Baumann, Mitglied der SPD, erklärte uns gegenüber, daß die VVN bisher nur als caritative Organisation lizenziert war. Der neue Antrag auf Lizenzierung als politische Organisa-

Kampf gegen Massenentlassungen

Wie haben sich die Betriebsräte zu verhalten?

In Auswirkung der Währungsreform häufen sich die Meldungen von Massenentlassungen aus allen Gebieten der Westzone. Die Entlassungen nehmen bereits jetzt einen beängstigenden Charakter an. Angesichts dieser Entwicklung müssen die Betriebsräte eine Belastungsprobe ausstehen. Die Betriebsräte kommen hier in Situationen, in denen sie sehr oft nicht ein und aus wissen. Die Unternehmer fordern von den Betriebsräten die Zustimmung zu Entlassungen. Dabei stützen sie sich sehr oft auf ihre Geschäftsbilanzen, um den Nachweis zu erbringen, daß sie wirklich nicht in der Lage sind, die Lohnsummen aufzubringen. In dieser Situation nun fordern die Unternehmer die Unterstützung durch den Betriebsrat. Das Mitbestimmungsrecht aber, um das seit nunmehr zwei Jahren gekämpft wird, wurde aber meist immer verweigert.

Das Kontrollratsgesetz Nr. 22 sagt ganz eindeutig, daß der Betriebsrat die Interessen der Belegschaft zu vertreten hat.

Alle anderen Fragen sind vom Standpunkt der Belegschaft und des Betriebsrates aus gesehen untergeordnet.

In der kapitalistischen Wirtschaft, so wie wir sie heute in den gesamten Westzonen noch haben, wo wir keine demokratische Wirtschaftsordnung und die Betriebsräte kein Mitbestimmungsrecht haben, können die Betriebsräte auch nicht die Pflicht übernehmen, die Krankheitserscheinungen des niedergehenden Kapitalismus zu beseitigen oder zu mildern. Und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil sich ihre Reformmaßnahmen zu Gunsten des Unternehmertums und der kapitalistischen Klasse auswirken und in ihrer Konsequenz gegen die Interessen der Werktätigen gerichtet sind.

Wieder, wie schon einmal in der Weimarer Republik, werden Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt, was nichts anderes bedeutet als Produktionssteigerung auf Kosten der Werktätigen, nichts anderes als verschärfte Ausbeutung und die Produktionskosten zu mindern, um die Profite der Unternehmer zu erhöhen. Wir stehen am Beginn einer Wirtschaftskrise, die eine chronische Erwerbslosigkeit mit sich bringen wird. Deshalb kann der Kampf gegen Massenentlassungen auch nur mit Erfolg durchgeführt werden, wenn die Ursachen der Erwerbslosigkeit beseitigt werden, nämlich Mißwirtschaft und kapitalistische Profitgier.

Die Betriebsräte neigen dazu, den Unternehmern Hilfestellung zu leisten und versuchen, mit ihm Auswege zu finden, um Entlassungen zu verhindern. Sie kommen dabei auf die verschiedensten Einfälle. In einem Betriebe in Hamburg machte der Betriebsrat den Vorschlag, statt DM 40,- Wochenlohn nur DM 30,- zur Auszahlung zu bringen, damit die restlichen DM 10,- verwendet werden können zur Verhinderung von Entlassungen. Diese DM 10,- sollen den Arbeitern gutgeschrieben und zu einem späteren Zeitpunkt nachgezahlt werden. Ist das nicht ein Vorschlag, die Löhne abzubauen? Mindernd das nicht die Kaufkraft der Betroffenen? Können die Arbeiter bei der ungeheuren Preissteigerung überhaupt auf ein Teil ihres geringen Verdienstes verzichten oder auch nur darauf warten? Wir sagen nein! Der Kampf um die Erhöhung der Löhne ist die Aufgabe, die im Augenblick vor den Gewerkschaften und den Betriebsräten steht.

In einem anderen Betriebe sollten 20 Mann entlassen werden, worauf der Betriebsrat vorschlug, die Arbeitszeit zu verkürzen, um keine Entlassungen durchführen zu müssen. Schon nach 14 Tagen erklärte der Unternehmer, die Entwicklung sei so, daß er nunmehr doch 20 Mann der Belegschaft entlassen müsse. Wir fragen auch hier: Ist Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich nicht eine Verminderung des Lohnes und der Kaufkraft?

Diese zwei Beispiele zeigen, daß der Erwerbslosigkeit nicht mit Reformmaßnahmen gesteuert werden kann.

Wie haben sich nun die Betriebsräte bei Entlassungen zu verhalten?

Entlassungen, ganz gleich aus welchem Grunde, liegen nie im Interesse der Arbeiterschaft. Sie dienen dem

Unternehmer und dem von ihm befürworteten System. Dieses System ist nicht das, um welches Gewerkschaften und Arbeiterparteien seit 1945 kämpfen. Die Umstellung der Wirtschaft auf eine demokratische Wirtschaftsform und das Mitbestimmungsrecht ist den Werktätigen in den Westzonen verweigert. Solange die Betriebsräte nicht das Mitbestimmungsrecht haben im Betrieb und in der Wirtschaftsführung, solange dürfen sie keiner Entlassung ihre Zustimmung geben. Die Unternehmer wollen die Verantwortung für die von ihnen verschuldete Erwerbslosigkeit auf die Betriebsräte abwälzen, sie sollen vor ihren Belegschaften die Schuld auf sich nehmen. Die Betriebsräte sollen in allen Fällen die Belegschaft selbst entscheiden lassen in Be-

triebsversammlungen, ob der Betriebsrat den Entlassungen zustimmen soll oder nicht. Die Zustimmung zu Entlassungen wird durch den Betriebsrat nur in solchen Fällen gegeben, wo ein grober Verstoß von Belegschaftsmitgliedern gegen die Interessen der Belegschaft, wie unkollegiales Verhalten, Diebstahl an Arbeitskollegen u. dergl. mehr vorliegt. In jedem Falle von Entlassungen hat der Betriebsrat sich die Frage vorzulegen, wie in jeder anderen ihm gestellten Aufgabe: Liegt meine Entscheidung im Interesse der Belegschaft oder meines Kollegen, wenn es sich um Einzelfälle handelt? Danach hat er immer zu Gunsten der von ihm zu vertretenden Klasse der Werktätigen zu urteilen. Willi Müller.

Zum Fall Stehlin - Spruchkammer Karlsruhe

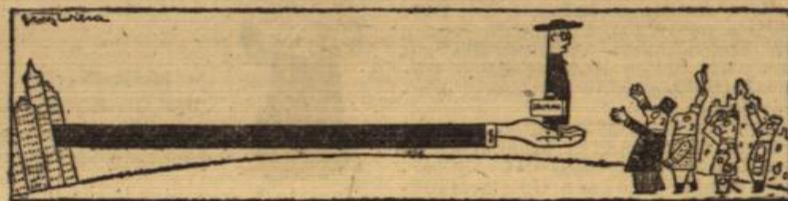
Friedhelm Kemper als Unschuldslamm — Beifallskundgebungen seines Nazi-„Unterführerstabs“

(f-dz-) In unserer vorletzten Ausgabe berichteten wir über die skandalöse Spruchkammerverhandlung gegen den Bezirksbetriebsratsvorsitzenden der Post, Adolf Mayer. In diesem Zusammenhang unterlief uns eine Namensverwechslung. Nicht der Kammervorsitzende Stehlin, sondern der Vorsitzende Steinel bescheinigte dem Gestapoverbrecher und Mörder Marums, Sauer, seine „Anständigkeit“.

Diese Berichtigung ändert aber nichts an den mehr als berechtigten Vorwürfen gegen die Kammer Stehlin, vor der am 21. Juli einer der größten Naziaktivisten, der ehemalige Gebietsführer der Hitlerjugend, Friedhelm Kemper, zur Verhandlung stand. Noch selten hat in Karlsruhe und darüber hinaus eine Spruchkammer der Nazipropaganda gedient und Beifallskundgebungen der zahlreich versammelten Unterführer- und -führerinnen des ehemaligen Gebietsführers „tolerant“ entgegengenommen. Herr Stehlin war weder dem „Betroffenen“ noch der Situation gewachsen und Kemper konnte diese erste Runde im nachhitlerischen Deutschland für sich bu-

chen, ohne dabei die zahlreichen Entlastungszeugnisse hoher kirchlicher Würdenträger zu vergessen, die, wie Erzbischof Gröber, den Nazis besonders in der Anfangszeit wertvolle Hilfsleistung leisteten.

Trotzdem man Kemper nachweisen konnte, daß er fanatisch in über 3000 Versammlungen der NSDAP als Redner auftrat und in der „Kampfbühne“ dutzende Veranstaltungen gegnerischer Parteien mit seinen SA- und SS-Söldnern zu sprengen versuchte, trotzdem dieser Hauptschuldige das Nazigift in die Hirne und Herzen der badischen Jugend einpreßte, trotzdem wurde er nur „Belasteter“ mit drei Jahren Arbeitslager, die durch die Internierungshaft als verbüßt gelten. Tausende Familien, in die während der Nazizeit unendliches Leid durch Eingriffe der Hitlerjugend hineingetragen wurde und die Opfer des Naziterrors wunden sich empört und angeekelt von der Tätigkeit der Kammer Stehlin ab, deren Tätigkeit in letzter Zeit als offene Sabotage des demokratischen Aufbaus bezeichnet werden muß.



Der hat uns gerade noch gefehlt!

Prädestiniert durch seine früheren Taten
Kehrt „ferngelenkt“ zurück aus „Gottes eigenem Land“
Herr Brüning, schuld- und fluchbeladen.
(Er hört: „Ein ‚Führer‘-posten sei vakant!“)

Durch seine Notverordnungsparagrafen,
Die heute noch in Uebung sind,
Macht' er ein Volk zu Hungersklaven
Und — — — seinen Namen weltberühmt“ lux.

Nur eine Nuance

Anweisung wie man fälscht

(SD) In ihrer Ausgabe vom 24. 7. zitiert die sprichwörtlich überparteiliche und objektive „Welt“ einen Aufsatz der bekannten britischen Zeitschrift „New Statesman and Nation“, wie folgt: „... fängt die amerikanische — in geringerem Maße auch die britische — Politik an, Deutschland als einen mächtigen Gegner des Kommunismus zu behandeln“. Aber im „New Statesman“ heißt es nicht „als einen mächtigen Gegner des Kommunismus“, sondern „als einen möglichen Verbündeten gegen den Kommunismus“ (as a potential ally against Communism). Ein hübscher kleiner Nuancenunterschied, nicht wahr? Der Sinn der Fälschung wird noch deutlicher an einer anderen Stelle des Zitates, wo es in „Die Welt“ heißt: „Als Resultat dieser Uebertreibung der Deutschfreundlichkeit...“ Im Original des „New Statesman“ heißt

es aber: „Das Resultat dieser Art von Pro-Germanismus (Deutschfreundlichkeit) — The result of this sort of pro-Germanism. Wieder eine feine Nuance anders. Es ist nämlich aus dem Folgenden klar ersichtlich, welche Art von Deutschfreundlichkeit der „New Statesman“ meint. Oder sollte „Die Welt“ die „Deutschfreundlichkeit“ jenes Reiseausschusses des amerikanischen Senats und seiner Millionärfreunde, die im vorigen Jahre die Rückgabe der deutschen Industrien an ihre „alten Eigentümer“ verlangten, der Deutschfreundlichkeit fortschrittlicher Menschen in allen Ländern gleichsetzen wollen, die mit allen anständigen Deutschen die Vernichtung der wirtschaftlichen Macht des deutschen Finanzkapitals und Junkertums als notwendige Garantie für den Frieden fordern?

Meine Meinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einsendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion.

„Föderalistische“ Chirurgen

Man stelle sich eine Landtagsitzung im Jahre 1951 vor: Ein CDU- oder SPD-Minister wird gestürzt, weil — sagen wir in Berlin — ein fortschrittlicher Wind weht. Was werden die Herren sagen? Das heilige Gut des Föderalismus ist in Gefahr, die Demokratie verträgt sich nicht mit Zentralismus und sei er noch so fortschrittlich, die württemberg-badische „Souveränität“ ist in Gefahr und vor allem „wir sind stolz auf unsere regionale Selbstverwaltung“. Nun aber reiben sich die Weltmächte an ihrer europäischen Nahtstelle in Berlin, und dies hat zur Folge, daß der württemberg-badische Arbeitsminister fallen muß! Wo bleibt da der viel berufene Föderalismus, die Autonomie der regionalen Verwaltungskörper? Sollte die SPD und CDU zurückgefunden haben in die Zeit der von oben gelenkten Gaue? Dann möchte man vorschlagen, daß Schumacher, Ollenhauer, Adenauer und Kaiser sich gleich in Berlin als Reichsführer SPD und CDU niederlassen und ihre Gauleiter nach ihrem westwindigen Gutdünken ernennen. Man komme nur nicht und erzähle uns in Zukunft etwas von gesundem Föderalismus. sapiens.

Die Jugend und Arbeitsminister a.D. Kohl

Die werktätige Jugend ist empört über die Vorgänge im Landtag, die sich bei der Abstimmung über die Entlassung des Arbeitsministers ergeben haben. Wir wissen alle, daß sich Rudolf Kohl ganz besonders für die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterjugend eingesetzt hat. Wir haben viele Beispiele dafür wie das Urlaubsgesetz. In diesem Gesetz wurde der Jugendurlaub auf vierundzwanzig Tage festgelegt und wir Jugendliche wissen diesen Urlaub zu schätzen. Daß den reaktionären Unternehmern eine solche fortschrittliche Tat auf den Magen fiel, darüber sind wir wenig verwundert, da ja die meisten von ihnen uns Jungarbeiter als billige Arbeitskräfte benutzen wollen. Im Gesetzesentwurf des Arbeitsministers R. Kohl über das Mitbestimmungsrecht hatten die Probleme der Jugend wie die Berufsausbildung und Abschlußprüfungen einen besonderen Platz eingenommen. Den Betriebsräten und Gewerkschaften wurde das volle Recht in diesem Gesetz zugesprochen, in Fragen der Berufsausbildung mitzubestimmen. Als Gewerkschaftsjugend wollen wir eindeutig feststellen, daß die Landtagsabgeordneten, die gegen den Arbeitsminister Kohl stimmten, sich als Sprachrohr der kapitalistischen Kreise benutzen ließen, und damit gegen die Jugend in den Fabriken, Werkstätten und Büros ein Attentat verübt haben. Uns Jungens soll diese undemokratische Handlung klar sehen lassen. Wir erkennen die Entlassung von R. Kohl nicht an. Mit Entschlossenheit werden wir den Kampf weitertragen, bis auch die letzten unserer Grundrechte verwirklicht sind. Den Landtag fordern wir auf, wenn er noch ein bißchen Wert auf demokratische Spielregeln legt, den Mißtrauensantrag zurückzuziehen. F. H., Mannheim.

„Die werktätige Bevölkerung Württemberg-Badens hat von Herrn Minister Kohl keinen ungünstigen Eindruck gehabt und wir wissen, daß der Arbeitsminister Kohl stets in sozialer Hinsicht seine Pflicht getan hat. Letzteres kann man von seinen Ministerkollegen nicht immer behaupten. Als Arbeiter mitten im Volke stehend, empfinden und urteilen wir anders, wie es oben der Fall ist. Werden wir überhaupt nicht mehr gefragt? Mit demselben Recht spreche ich den Ministerkollegen von Herrn Kohl ebenfalls mein Mißtrauen aus, weil sie in den letzten Jahren nichts positives unternommen haben, um den Schwarzmarkt, die Korruption, das Nichtstuertum, die Warenhortung, schlechte Bewirtschaftung der abgelieferten Lebensmittel usw. zu beseitigen. Soll die Absetzung von Herrn Kohl ein Ablenkungsmanöver sein? Ehe man solche Gewaltakte begeht, sollte man lieber an den Satz denken: „Wer im Glashauss sitzt, soll nicht mit Steinen werfen“.“ H. L., Jagsthausen.

Unseren Lesern fällt auf

... daß Fahrradbereifungen nicht mehr zu haben sind.

... daß die Preise für Eier um 50% auf 45 Pfg. oder das Fünffache der Friedenspreise gestiegen sind.

... daß das zahlenmäßige Ergebnis der SPD-NSV-Sammlung „Rettet Berlin“ immer noch nicht veröffentlicht wurde.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. - Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 20 000.